Nr. 533
B 264
Abend-Ausgabe

Berlin

Montag, 11. November 1929
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein Chefredakteur Georg Bernhard Verantw. Redakteur im Ausw. d. Handelsteils: Carl Misch Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3900–3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686–3698 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin

Curtius und Moldenhauer ernannt

Der neue Außen- und der neue Wirtschaftsminister

Die Ernennung des bisherigen Reichswirtschaftsministers Dr. Julius Curtius zum Reichsaußenminister und des Reichstagsabgeordneten Universitätsprofessors Dr. Paul Moldenhauer zum Reichswirtschaftsminister wird jetzt bekanntgegeben. Die Ernennungsdekrete, vom Reichspräsidenten unterzeichnet, sind den Ministern bereits ausgefolgt. Der neue Reichswirtschaftsminister Moldenhauer, von einer Amerikareise soeben zurückgekehrt, ist heute vom Reichskanzler empfangen worden.

Mit den beiden Ernennungen ist das kleine Revirement innerhalb des Reichskabinettes vollzogen, das durch den Tod Dr. Stresemanns notwendig geworden ist. Es bietet keine Ueberraschung. Schon die Betrauung Dr. Curtius mit der interimistischen Leitung des Auswärtigen Amtes, die der Initiative des Reichskanzlers entsprang, bereitete darauf vor, wie die Nachfolgerschaft Dr. Stresemanns geregelt werden würde. Es wurden Schwierigkeiten vorausgesagt, die nicht eingetreten sind, es wurde behauptet, daß der Reichspräsident die Ernennung eines Berufsdiplomaten zum Außenminister wünsche und es wurden auch als angebliche Kandidaten des Reichspräsidenten der Botschafter in Paris, Dr. von Hoesch, sowie der Botschafter in Rom, Dr. von Neurath, genannt.

Es mag auch kein Zufall sein, daß Dr. von Neurath vor kurzem in Berlin erschienen ist, aber es bedarf nicht vieler Worte, daß er als Außenminister, der die Tradition Stresemanns fortsetzen sollte, eine sehr merkwürdige Figur gemacht hätte. Stresemann selbst hat wenige Monate vor seinem Tode im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags an dem Verhalten Neuraths (Affäre Emil Ludwig und Gerhart Hauptmann) eine sehr scharfe und abfällige Kritik geübt. Was dem Botschafter Dr. von Hoesch angeht, so zielen seine Wünsche, falls er überhaupt geneigt sein solle, seinen Pariser Posten gegen einen andern Wirkungskreis auszutauschen, wohl kaum auf die Wilhelmstraße.

In einer parlamentarischen Regierung ist die Führung der auswärtigen Politik durch einen Politiker, der dem Parlament angehört hat, eigentlich selbstverständlich. Es ist vorausgesagt worden, daß zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei ein Wettstreit entstehen werde. Mehrfach konnte man auch hören, daß die Sozialdemokratie für Dr. Breitscheid ihren Anspruch geltend machte. In Wahrheit haben Dr. Breitscheid und die sozialdemokratische Fraktion einen Rollentausch abgelehnt, der einen anderen sozialdemokratischen Minister zum Ausscheiden aus dem Kabinett gezwungen hätte. Und von einem Vorstoß des Zentrums hat man überhaupt nichts vernommen. Der Reichskanzler hat sich die Unabhängigkeit seines Vorschlagsrechtes gegenüber den Fraktionen, soweit diese bei der Struktur unserer parlamentarischen Verhältnisse möglich ist, gewahrt.

Dr. Curtius muß der Oeffentlichkeit nicht erst vorgestellt werden. Der 52jährige, der früher Rechtsanwalt am Kammergericht Berlin war und seit 1920 Mitglied des Reichstages ist, gehört der Reichsregierung seit 1926 als Wirtschaftsminister an. An den internationalen politischen Verhandlungen hat er zum ersten Mal während der Haager Konferenz teilgenommen. Aber Curtius ist von Dr. Stresemann in seine außenpolitischen Pläne und Ziele am intimsten eingeweiht worden. Man darf sicher sein, daß er die Linien der Außenpolitik getreu weiter verfolgen wird, die sein großer Freund in den sechs Jahren seines staatsmännischen Wirkens vorgezeichnet hat.

Seine nächste große Aufgabe wird die Haager Schlußkonferenz sein. Es ist an dieser Stelle schon gesagt worden, daß Stresemann die Schlußkonferenz nicht als reine Formalität angesehen, sondern für sie noch bestimmte Pläne gehabt hat. Curtius wird im Haag, sicherlich auch aus eigenem Wollen und eigener Ueberzeugung, der Vollstrecker des politischen Testaments Stresemanns sein, das zwar nicht niedergeschrieben, aber seinem Nachfolger genau bekannt ist.

Der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Paul Moldenhauer ist Universitätsprofessor in Köln. Man weiß, daß mehrere Kandidaturen für das Portefeuille der Wirtschaft genannt wurden, u. a. auch die des sächsischen Abg. Dr. Schneider, des kaufmännischen Direktors, und des Abg. Albrecht, des Kali-Industriellen aus dem Hannoverschen. Hinter den Kulissen haben sicherlich Schwerindustrie und verarbeitende Industrie ihren Einfluß geltend gemacht, um an die Spitze des Wirtschafts-Ministeriums eine ihnen genehme Persönlichkeit zu bringen. Dr. Moldenhauer gehört keiner dieser Gruppen an. Seine wissenschaftliche und politische Betätigung bewegte sich in der Hauptsache auf dem Gebiete des Versicherungswesens. Das ist keine schlechte Empfehlung für einen Wirtschaftsminister, zu dessen wichtigeren Aufgaben in der nächsten Zukunft es gehören wird, auf Grund der Erfahrungen, die in letzter Zeit gemacht wurden, das deutsche Versicherungswesen zu reformieren. Für Dr. Moldenhauer, der auch zu dem engen Freundeskreis Stresemanns gehörte, ist noch anzuführen, daß er innerhalb der Deutschen Volkspartei zu den besonnenen Vertretern der Realpolitik gehört, die ein stark ausgeprägtes Gefühl für das Staatsinteresse haben. Im übrigen wird man die programmatische Rede abwarten müssen, mit der sich der neue Lenker der deutschen Wirtschaftspolitik im Reichstag einführen will.

Westarps erfüllte Forderung

Die Presse der Inflations-Begehrer protestiert dagegen, daß der Volksentscheid im Dezember stattfinden soll. Graf Westarp dagegen schreibt in der „Kreuz-Zeitung": „Auch hat die Regierung verkündet, daß der Volksentscheid noch in diesem Jahre durchgeführt werden soll. **Damit ist meiner Forderung nachgekommen worden.**"

Volk vor dem Untersuchungsrichter

Der Landwirt Herbert Volk, der am Sonnabend bei Ueberschreitung der deutschen Grenze in Görtach verhaftet wurde, ist heute dem Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Masur vorgeführt worden. Die Vernehmung Volks dauert bei Redaktionsschluß noch an.

Ein ganzer Zug ausgeraubt

Banditenstreich auf dem Balkan

Sofia, 11. November (Ullstein-Nachrichtendienst)

Während die Polizei fieberhaft nach der Räuberbande Doscho Uzumows, der vor kurzem drei Richter auf offener Straße ermordete und einige Autos ausraubte, forscht, verübte dieser in den gestrigen Abendstunden ein neues Verbrechen von unglaublicher Kühnheit.

Am Sonnabend gegen 6 Uhr nachmittags wurde der Personenzug der Lokalbahn Bosfchinowzi—Berkowitza bei seiner Einfahrt in die kleine Haltestelle Boklowzi überfallen. Zwei schwerbewaffnete Banditen besetzten die Lokomotive, andere überwältigten das Zugpersonal. Den Passagieren — etwa 120 — wurden sämtliche Wertsachen abgenommen. Die Banditen verschwanden darauf spurlos.

Der Ueberfall spielte sich ganz in der Art der berühmten mexikanischen Eisenbahnüberfälle ab. Nachdem die vier Banditen das Maschinenpersonal überwältigt hatten, zwangen sie die Passagiere, den Zug in der kleinen Station Boklowzi zu verlassen und auf einem Tisch am Bahnhof ihre Taschen zu leeren. Alle Wertsachen und besonders die Waffen mußten dort niedergelegt werden. Dann wurden die Passagiere in einem Bahnwärterhaus eingeschlossen, das ein Bandit unter Bewachung nahm, während die anderen die Durchsuchung des Gepäcks durchführten. Sie nahmen alles mit, was ihnen des Mitnehmens wert schien und sie an der Flucht nicht behindern konnte. Sodann schärften sie unter der Drohung, daß jeder, der nicht Folge leiste, erschossen werde, den Passagieren ein, das Bahnwärterhaus nicht vor einer gewissen Zeit zu verlassen — und verschwanden.

Die Zahl der Beraubten beträgt 120, doch ist die Beute gering, da es sich zumeist um arme Leute handelte. Auf dem Tatort hinterließen die Räuber Briefe an die Regierung, in welchen sie sich als Beschützer der Armen und Unterdrückten ausgeben und heftige Angriffe gegen die Herrschenden richten. Eine amtliche Mitteilung berichtet, daß die Räuber auf ihrer Flucht bereits in der Nähe der jugoslawischen Grenze gesehen wurden. Private Meldungen besagen, daß ihnen der Grenzübertritt nach Jugoslawien bereits gelungen sei.

Der freche Raubüberfall erregt in der Oeffentlichkeit ungeheures Aufsehen. Die Unfähigkeit der Polizei ist Gegenstand heftigster Kritik. Man erwartet, daß die Regierung die Auslieferung der Räuber von Begrad verlangen wird.

Weltbank-Verhandlungen unterbrochen

Für zwei Tage auf Wunsch Frankreichs

Baden-Baden, 11. November. (W. T. B.)

Die Verhandlungen des Organisationsausschusses der Bank für internationalen Zahlungsausgleich haben eine unerwartete Unterbrechung erfahren, da, wie verlautet, bei den französischen Delegierten der Wunsch besteht, die weiteren Verhandlungen über das Trustagreement in Ruhe vorbereiten zu können.

*

Amtlich wird dazu mitgeteilt: Die französischen Delegierten haben heute früh den Wunsch ausgesprochen, eine zweitägige Pause in den Verhandlungen des Organisationsausschusses der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich eintreten zu lassen, offenbar in der Absicht, die noch offenstehenden Punkte des Treuhandvertrages in Ruhe vorbereiten zu können, bevor die Schlußverhandlungen in der Vollsitzung stattfinden werden.

Niederösterreich wählte

Wien, 11 November (Ullstein-Nachrichtendienst)

In Niederösterreich fanden am gestrigen Sonntag Gemeindewahlen in 1711 Orten statt. Die Bürgerlichen brachten es auf 18 246 Mandate gegen 16 938 im Jahre 1924, die Sozialdemokraten auf 4111 gegen 3636. Da es sich um Landbevölkerung handelt, ist es die Christlich-soziale Partei, die die weitaus meisten Gemeinderäte beherrscht. Eine Machtverschiebung hat nicht stattgefunden, die Sozialdemokraten haben den erwarteten Vorsprung nicht errungen. Zu Zwischenfällen kam es nur in Unterlaa, wo bei einer Schießerei acht Heimwehrleute verletzt wurden.

Auf der Jubiläumsfeier des Wiener Journalisten- und Schriftstellervereins „Concordia", der vor siebzig Jahren gegründet wurde, setzte sich Bundeskanzler Schober für die Wiederherstellung des inneren Friedens ein, ebenso wie Bürgermeister Seitz, der die Hoffnung ausdrückte, daß man über die Verfassungsstreitigkeiten schnell hinwegkommen werde.

Deutschnationale Verluste in Lübeck

Hitler frißt Hugenberg

Am Sonntag haben in Lübeck die Bürgerschaftswahlen stattgefunden. Das amtliche und endgültige Ergebnis (die eingeklammerten Zahlen wiederholen die Resultate von 1926) lautet:

	Stimmen	Sitze
Hanseatischer Volksbund	27 868 (32 940)	29 (36)
Sozialdemokraten	33 255 (31 839)	34 (35)
Kommunisten	6 714 (4 751)	7 (5)
Demokraten	2 612 (1 719)	2 (2)
Zentrum	886 (681)	1 (1)
Hausbesitzer	781 (—)	1 (—)
Nationalsozialisten	6 338 (—)	6 (—)

Was sich in Baden angekündigt hat, setzt sich in Lübeck fort. Die Deutschnationalen erleiden schwere Verluste, die den Nationalsozialisten zugute kommen, während fast alle andern Parteien Fortschritte zu verzeichnen haben. Demokraten, Sozialdemokraten, Zentrum und auch die Kommunisten haben bei stärkerer Wahlbeteiligung an Stimmenzahl gewonnen. **Die demokratischen Stimmen sind um 50 v. H. gewachsen.** Nur die Deutschnationalen, mit denen die Deutsche Volkspartei unter der Firma des Volksbundes eine gemeinsame Liste aufstellte, haben sehr stark verloren. Der Verlust ist sogar stärker als der nationalsozialistische Mandatsgewinn.

Man wird nach diesen beiden Proben, in Baden und in Lübeck, nicht mehr daran zweifeln können, daß die „nationale" Einheitsfront den einzigen Erfolg gehabt hat, deutschnationale Wähler den